

## Alte Linke und Neue Rechte oder: Wer organisiert die Systemunzufriedenheit?<sup>1</sup>

---

Prof. Dr. Eike Hennig, geb. 1943 in Kassel, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und Frankfurt, 1973 Promotion (Dr. phil.) an der Universität Marburg, 1975 Ernennung zum Professor für das Fachgebiet Massenkommunikationsforschung an der Universität Frankfurt, 1976 Habilitation (TU Hannover) für das Fachgebiet Wissenschaft von der Politik, 1981 Ernennung zum Professor für Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel.

Wenn die Selbstverständlichkeit akzeptiert wird, daß der historische Faschismus allgemeine und besondere gesellschaftliche Ursachen hat, dann ist es ebenso trivial, daß die militärische Niederlage des Faschismus als System den Faschismus als Bewegung nach 1945 zwar unter Strafe stellt, daß aber die vermittelnden Interessen, sozialpsychologischen Haltungen und entsprechende kollektive Deutungsmuster die Niederlage des „Hitlerfaschismus“ überdauern (können). Jenseits aller Differenzen fragen materialistische Analysen nach den sozialen Vermittlungsprozessen des Faschismus und nach der vor- und nachfaschistischen Kontinuität antidemokratischer Potentiale. Kritisch gegenüber dem verfassungs- und wahlrechtlichen Nachkriegstenor („Bonn ist nicht Weimar“) forschen diese Analysen nach einer latenten Kontinuität, die über die politischen Zäsuren von 1933 und 1945 hinausreicht: Kann die unheilige Dreieinigkeit von autoritärem Staat, autoritärer Persönlichkeit und autoritärer Gesellschaft/Wirtschaft wieder aktiviert werden? Und - wenn ja - in welcher Form geschieht dies? Gibt es fortdauernde *strukturelle* Ursprünge, die historisch den Aufstieg des Faschismus zur Macht bedingten (das heißt die zur „Machteinsetzung“ einer politischen Arbeitsteilung zwischen Teilen der traditionellen Machtelite und der politischen „Newcomer“-Oligarchie der NSDAP geführt haben), gibt es also jenseits der herrschenden Institutionen und Normen die Untergrundgeschichte eines Faschismuspotentials?

Diese Frage vereint alle Varianten der materialistisch-kritischen Faschismuskritik *und* Demokratietheorie. Die unterschiedlichen Spielarten (von der „sowjetmarxistischen Orthodoxie“ bis zur parteiunabhängigen „Neuen Linke“) unterscheiden sich nicht hinsichtlich solcher Fragen, sondern bezüglich ihrer analytischen oder dogmatischen Schwerpunktsetzung. Differenzen ergeben sich dabei besonders durch die stärkere Gewichtung von Politik und

---

<sup>1</sup> Um einige „größere Linien“ aufzeigen zu können, muß auf Detailnachweise und punktuelle Darlegungen verzichtet werden.

Sozialpsychologie gegenüber der Ökonomie (die oftmals völlig isoliert nur als kapitalistisches Profitinteresse abgehandelt wird). Unabhängige Konzepte diskutieren - kritisch auch gegenüber der Praxis der Arbeiterbewegung - die ganze Spannweite gesellschaftlicher Autorität und begreifen Faschismus im Vergleich der unterschiedlichen Reaktion kapitalistischer und verfassungsstaatlicher Systeme auf die Weltwirtschaftskrise vorrangig als Politikum.<sup>2</sup> Als „abhängige Variable“ geht die Option für Faschismus durch den Filter der politischen Interessen und Orientierungen von Eliten *und* durch die kollektiven Deutungen von krisengeschüttelt-fremdbestimmten (und unaufgeklärten) Sozialschichten (mit einer durchaus klassenübergreifenden Binnenstruktur, bei aller Mittelschichtendominanz).

#### Faschismus als Politikum, das es prozeßhaft aufzuheben gilt

Krisenhafte Störungen der erweiterten Reproduktion des Kapitals sind ebenso allgemein wie die Tendenz einer fallenden Profitrate im Bereich der Produktion. Jedoch konkretisiert sich dieses allgemeine Gefahrenpotential nur unter besonderen Umständen und nur in bestimmten Gesellschaften zur Praxis eines Faschismus als System und als Bewegung. Entsprechende Vermittlungsprozesse zu analysieren, ist somit wichtiger als etwa das Starren auf die Financiers der Faschisten. Nur wenn diese Vermittlungen ins Zentrum gerückt werden, können „autoritärer Staat“, „autoritäre Persönlichkeit“ und „die totalitäre Form des Staatskapitalismus“ (F. Pollock) *gleichgewichtig* betrachtet werden. Dies aber wird konzeptionell gemeint, wenn von Faschismus als der „Wahrheit der modernen Gesellschaft“ die Rede ist, wenn die „liberalistische Denkart des 19. Jahrhunderts“ als diejenige „Instanz“ bezeichnet wird, durch die der Faschismus „gesiegt“ hat. Max Horkheimer führt dies 1939 in seinem geschichtsphilosophischen Essay „Die Juden und Europa“ aus (wobei er sich auf Rudolf Hilferdings Darstellung der imperialistischen Ideologie als Verkehrung des Liberalismus berufen kann). Horkheimers Gebot widerspricht (wohlverstanden) einer dogmatischen Verkürzung auf das kapitalistische Kalkül, weil Kapitalismus als Struktur und prozeßhafte Reproduktion wie Sozialisation mehr beinhaltet als Profitinteressen oder die Orientierung am Bild des gerechten Tauschs von „Arbeit“ gegen „Brot“. Horkheimer meint diese Totalität und diesen Bezug von liberaler und „totalitärer“ Ordnung, wenn er 1939 den intellektuellen Faschismuskritikern und Liberalismusapologeten empfiehlt: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Politisch münden solche Überlegungen in eine gleichermaßen antiautoritäre *und* antiliberaler Utopie ein, die gleichwohl aber an den verfassungsstaatlichen Errungenschaften der Freiheits- und Partizipationsrechte sowie am Prozeß der Teilung und Verrechtlichung der politischen Gewalt festhält. In diesem Sinn bestimmt Hermann Heller<sup>3</sup>1930 die Ausdehnung des materiellen

<sup>2</sup> Vgl. Eike Hennig, Die weltwirtschaftliche Konstellation am Ende der Weimarer Republik, in: Volker Rittberger (Hrsg.), 1933. Wie die Republik der Diktatur erlag, Stuttgart u. a. 1983, S. 40 ff.

<sup>3</sup> Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur?, Tübingen 1930.

Rechtsstaatsgedankens in die Arbeits- und Güterordnung als den Zielwert des demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Das Grundgesetz greift dieses Staatsziel auf und verleiht ihm Verfassungsrang (Art. 20, 28 GG); zusammen mit dem Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) erhält diese Gestaltungsmaxime den Rang einer bindenden Norm, die substantiell Allgemeingültigkeit beansprucht (Art. 79 (3) GG). Die „wehrhafte Demokratie“ richtet sich folgerichtig gegen solche Einzelne, Vereine und Parteien (Art. 9 (2), 18, 21 (2) GG), die die Grundrechte verwirken, indem sie diese Substanz nicht anerkennen. (Die Verfassungen der DDR benennen dieses Staatsziel des prozeßhaften Ausbaus der Demokratie nicht und 1968 wird in Artikel 6 apodiktisch festgehalten: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus angerottet.“)

### Faschismus ist Grenzüberschreitung und Grenze

Unabhängige Faschismusanalysen und Demokratietheorien können sich bezüglich der Kontinuitätsfrage nicht mit „einfachen“ Analysen begnügen zur Personalidentität (zum Beispiel von Globke, Seehofer, Oberländer, Lübke, Kiesinger) und zur Interessenkontinuität nach dem Muster: In der Krise fördert/fordert das unprofitabler werdende Kapital eine faschistische Bewegung als den radikalen Feind gegen die bedrohliche politische und soziale Demokratie<sup>4</sup>; vielmehr rücken sie gerade die besonderen politischen und sozialpsychologischen Vermittlungsprozesse des Faschismus als Bewegung ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit.

Für eine unabhängige materialistische Analyse steht es angesichts der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise fest, daß Krisendruck nicht notwendig ein republikanisch-liberales oder gar demokratisch-sozialistisches Bewußtsein entwickelt. Als Bewegung bringt der Faschismus dumpfe „antikapitalistische Sehnsüchte“ zum Ausdruck und geht mit seiner Doppeldeutigkeit nicht in konservativer oder liberaler Bürgerlichkeit auf, auch verkörpert er die Gegnerschaft einer „Volksgemeinschaft“ gegen die überbordende Abstraktheit des Internationalismus (des Kapitals und eines entnationalisierten Proletariats) und gegen die nurmehr als Leidensdruck erfahrene Dynamik von Großorganisationen und -technik. Der Faschismus als Bewegung kokettiert somit gerade mit der Überwindung jener Strukturen, mit denen er als System kooperiert. Die mythisch-antidemokratische Betonung volkhafter Identität und der populistischen Nähe zwischen dem Führer, der Bewegung und dem Volk verheißt, das Mehrprodukt der großen Industrie beibehalten zu können, weil die faschistische Politik die Richtlinien festsetzt.

Die Trennung des Kapitalismus in die Bereiche des „raffenden“ und des „schaffenden Kapitals“ entspricht diesem Deutungsmuster und kreierte einen

---

<sup>4</sup> Als Beispiel für diese Interpretationsrichtung vgl. u. a.: Nationalrat der Nationalen Front (Hrsg.), Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin 1967; Arno Winkler, Neofaschismus in der BRD, Berlin 1980; Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt 1984.

Raum (den des jüdisch-internationalen Bankkapitals, des entpersönlichten Größtkonzerns oder des volksvergessenen Kriegsgewinners), in dem die Spannungen zwischen System und Bewegung abgeladen werden können.

Der Faschismus verweist auf utopische Wunschbilder, die sich an der Existenz des krisenhaften Kapitalismus entzünden, diesen Rahmen aber nicht überschreiten, sondern in Form eines rebarbarisierenden Schritts in vorverfassungstaatliche Zeiten und in die Mythen einer unentfremdeten, direkt mit sich identischen „Gemeinschaft“ und nationalstaatlichen Ordnung ausleben. Die fehlgeleitete Utopie begnügt sich mit Sozialdarwinismus.

#### Der Fehlschlag konservativer „Zähmung“ und politische Demokratie als Lerneffekt

Um zur Macht zu gelangen, ist offenkundig die Kooperation der faschistischen Bewegung mit entscheidenden Teilen der Machteliten von Industrie, Verwaltung, Militär und Justiz und der Interpretationseliten von Wissenschaft, Kirche, Kultur und Publizistik notwendig. Keine faschistische Bewegung ist aus eigenem Antrieb, etwa nur aus der Dynamik ihrer Wahlerfolge und Gewaltaktivitäten, zur Macht gelangt. Die politische Arbeitsteilung zwischen den politischen und sozialen Eliten und der faschistischen Parteiführung wird (bei Wahrung der sozioökonomischen Grundstruktur) nach 1934 vom politischen Dezisionismus der NS-Oligarchie bestimmt. Im Kampf um die Ausgestaltung der Macht versagen die konservativ-autoritären Bündnispartner (zuerst Hugenberg und Seldte, dann die Reichswehr, zuletzt Schacht, nochmals die Reichswehr und jegliches „Preußentum“), sie können die Dynamik der politischen Prämien auf den „legalen“ Besitz der Macht nicht bremsen und unterschätzen zudem Entscheidungsvermögen und „Totalitätsanspruch“ des NS-Oligarchie.

Die Praxis des Faschismus an der Macht wird deshalb auch bestimmt durch Konflikte mit Vertretern der traditionellen Eliten (zum Beispiel über Fragen des Rüstungstempos, der Umstellung auf eine Wehrwirtschaft, der Abkopplung vom Weltmarkt/Außenhandel, des Kriegskonzepts).

Hierin und in den verlustreichen Folgewirkungen der Niederlage Deutschlands in seiner faschistischen Organisationsform - ohne den alliierten Sieg über den „Hitlerfaschismus“ gäbe es keine DDR - sind demokratische Lernprozesse der Eliten begründet. Sie drücken sich im Verfassungskonsens aus und auch in Elitestudien, die zeigen, daß diese Entscheidungsgruppen „liberaler“ denken als die Bevölkerungsmehrheit<sup>5</sup>.

„Pluralismus“ und „Mitbestimmung“ in den Grenzen des Eigentums sind Voraussetzung und Rahmen für diese Lernschritte, die sich für die Machtelite aus der Verarbeitung des Faschismus ergeben. Schließlich ist dieser durchaus

---

<sup>5</sup> Dazu Ursula Hoffmann-Lange, Eliten als Hüter der Demokratie?, in: Dirk Berg-Schlosser, Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland (= Politische Vierteljahresschrift), Sonderheft 18/1987, S. 378 ff.

eine „Befehlswirtschaft“ - aber keine „Zwangswirtschaft“ - gegenüber einzelnen Verbänden und Betrieben gewesen.

Im Gestaltungsspielraum der *politischen* Demokratie treffen sich nach 1945 diese gesellschaftlichen Schichten - repräsentiert von der Union und (nach Überwindung des Stadiums einer partiellen Altnazipartei) der FDP - mit einer Sozialdemokratie, die ihre transformatorischen Vorstellungen wirtschaftsdemokratisch vorträgt. Auch wenn - anders als zum Beispiel in Hessen - auf Bundesebene erst am 1. Dezember 1966 eine Große Koalition geschlossen wird, existiert auf der Ebene politischer Demokratie vor dem Hintergrund einer „civic culture“ mit politisch gebändigtem Autoritarismus und ohne basisdemokratische Störvariablen auch vorher schon ein Grundkonsens (was es in Weimar nur viel schmaler, kurzfristiger und labiler gegeben hat).

Der Lernwert des Faschismus besteht darin, daß politische Demokratie (nicht aber die Weiterung der politisch-sozialen Demokratie) im Konsens der Parteioligarchien (ungestört durch innerparteiliche Demokratie) nicht zur Verhandlung steht, sondern allgemein akzeptiert wird. Vor dem Hintergrund dieses Konsenses „integriert“ die SPD nach „links“. Die KPD kann an die Endphase ihrer Weimarer Verankerung nicht anknüpfen und verschwindet faktisch bereits vor 1956, vor dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (auf Antrag der Bundesregierung). Auf Landesebene - zum Beispiel in Hessen — integriert die SPD aber auch nach „rechts“, indem sie unter Ministerpräsident Zinn zum Beispiel mit dem „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) eine Koalition eingeht. Die Unionsparteien und die FDP integrieren nach „rechts“ hin; sie intervenieren (besonders im Fall der FDP) seitens der Bundespartei in offensichtlich zu rechtslastige Landesverbände; sie leiten (über die Bundesregierung) das Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) als NS-Nachfolgepartei ein (1952); und in einem „Bürgerblock“ (R. Stöss)<sup>6</sup> integrieren sie den Großteil der ehemaligen Nationalsozialisten, Heimatvertriebenen/Flüchtlinge und Entnazifizierten und koppeln die kritische Masse von tendenziell antidemokratischen Gruppen an die politische Demokratie beziehungsweise an konventionelle Partizipationsmöglichkeiten im repräsentativ-parlamentarischen Staat und Parteiensystem.

Die 1949, 1953 und 1956 immer schärfer gefaßte Fünf-Prozent-Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes (1957 vom BVerfG gutgeheißen) tut ein übriges, um den Einfluß rechter Klein- und Splitterparteien zurückzudrängen. 1969 scheitert auch die NPD auf Bundesebene knapp an dieser Hürde, nachdem sie von 1966 bis 1968 in 8 Länderparlamenten maximal mit 9,8 Prozent der Stimmen oder 15 Mandaten vertreten ist.

---

6 Richard Stöss, Väter und Enkel: Alter und Neuer Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Ästhetik und Kommunikation, Nr. 32, Juni 1978, S. 35 ff.; Eike Hennig, Hitlers Enkel- oder Kinder dieser Republik?, in: Journal für Geschichte, Jan. 1983, S. 16 ff.

### Faschistische Kontinuität und „Wiederaufbau“

Die Existenz solcher Kleinparteien - wie zum Beispiel der „Nationaldemokratischen Partei“, der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) und der „Deutschen Partei“ (DP) - und die Wahlergebnisse der SRP (die 1949 zwei Bundestagsabgeordnete stellt) deuten darauf hin, daß faschistische Kontinuitäten über 1945 hinausreichen. Untersuchungen über das Wählerpotential der SRP veranschaulichen ein wesentliches Deutungsmuster, das die politisch-kulturelle Nachwirkung des Faschismus bestimmt. Zwischen den Zielen und Mitteln des Faschismus wird nicht unterschieden, so daß beispielsweise die 1936/37 erreichte „Vollbeschäftigung“ verabsolutiert wird und als Positivum von der Kriegsvorbereitung durch „Wehrwirtschaft“ und Aufrüstung der Reichswehr abgekoppelt wird. Überwiegend - nicht nur von den Wählern der SRP - wird der Faschismus als ein System für kleine Leute aufgefaßt, demgegenüber die Weimarer Demokratie schlecht abschneidet.<sup>7</sup>

Aufrüstung, Krieg, Flucht und Nachkriegselend werden nicht mit dem Faschismus identifiziert, so daß dieser verbreitet als eine „gute Idee“, die aber „schlecht“ ausgeführt worden sei, aufgefaßt werden kann. Die Aufspaltung der faschistischen Totalität erleichtert die „Bewältigung“ dieser Vergangenheit durch Verdrängung der nicht als wesentlich aufgefaßten Negativa.

An dieser bewußtseinsmäßigen Vorbereitung des „Wiederaufbaus“ sind die Faschismusdeutungen aller großen Parteien beteiligt: Sie übersehen den Faschismus als Bewegung, entlasten die Mehrheit, wenden sich gegen die „Kollektivschuld“. Sei es, daß auf die bestimmende Macht von Monopolen und Konzernherren wie Krupp hingewiesen wird (von SPD und KPD), sei es, daß die Bestrafung nur der „Hauptschuldigen“, nicht aber der „Mitläufer“ und „kleinen Nazis“ gefordert wird (so die CDU bezüglich der „Entnazifizierung“), sei es, daß - von allen Parteien - die unpolitische Rolle der die „Heimat“ verteidigenden Wehrmacht hervorgehoben wird (eine Position, die durch Andreas Hülgrubers „Zweierlei Untergang“ (1986) den „Historikerstreit“ mit auslöst). Alle diese Sichtweisen gipfeln in einer „Bewältigung“ durch Verdrängung, alle entlasten „das Volk“ - 1985 bringt Franz Josef Strauß diese Deutung auf die Formel, die „moralisch Substanz der Nation“ sei im Kern unbefleckt und die „Barbarei“ eine Verwirrung („aberratio mentis“), die „Millionen von Menschen in unserem Namen angetan“ worden sei. Wohl verstanden ist der Faschismus also gar nichts Deutsches, und „die Zeit des Dritten Reiches... ist auch deutsche Geschichte, die vorher anfang, die NS-Zeit durchlief und nachher weiterging.“ (M. Broszat.)

Nach 1945 wird die Kontinuitätsthese vertreten, um über die „deutsche Katastrophe“ (F. Meinecke) hinweg sehen zu können. Der Faschismus wird

<sup>7</sup> Vgl. Erwin K. Scheuch, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik“, in: Richard Löwenthal, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, hier S. 438 ff.; Eike Hennig, Nationalsozialismus, in: Martin Greiffenhagen u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1981, S. 257 ff.; als neuesten Beleg vgl. eine Leserbriefanalyse durch Monika Hübsch-Faust, Schlußstrich-Mentalität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 33 (1988), S. 1330 ff.

zum unverstandenen Findling im Strom der Geschichte. Blumige Bilder verdrängen jede Analyse. Ein professoraler Erguß beschreibt zum Beispiel den Mai 1945 als „Absturz unseres auf einer unverantwortlichen Bergtour befindlich gewesenen Volkes“ und diagnostiziert eine „ungeheure Verwirrung“ (J. W. Mannhardt).

Auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben Anteil am Aufbau dieses Meinungsklimas und damit einer „Schweigespирale“ gegenüber bewußtseinsmäßigen Kontinuitätsmustern und einem nicht nur materiellen „Wiederaufbau“ („auferstanden aus Ruinen“). Zum einen hilft die großindustrielle Interessenorientierung und Schuldzuweisungen (Faschismus an der Macht *ist* das „Produkt“ von Krupp, Flick, Junkern, Militaristen und Klassenjustiz ...), alle subjektiven, psychologischen und alltäglichen Problemdiskussionen des Faschismus als Bewegung zu verdrängen, zum anderen sind es gerade diese Parteien, die (subjektiv entlastet) „neu beginnen“ und die Organisation und Alltagsarbeit des „Wiederaufbaus“ bewerkstelligen. Den Luxus der Reflexion leisten sie sich nicht. Mag dies für organisierte Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten subjektiv und organisationsgeschichtlich verständlich sein, so ist es dennoch falsch, diese Haltung in der Öffentlichkeit zu propagieren.

„Arbeit macht frei“: so lebt man. Man setzt auf Zukunft - auf eine Zukunft im demokratischen Verfassungsrahmen und mit den Gütern aus eigener Hände Arbeit. So bildet sich nach 1945 die autoritär-apathisch-partizipative Mischkultur der „civic culture“ heraus. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und christlich-soziale beziehungsweise sozialintegrativ-antirevolutionäre bürgerliche Parteien und Interessenverbände können in diesem Rahmen (derjenige der kapitalistischen Eigentumsordnung, in die massiv nur seitens der Alliierten zum Beispiel durch Entflechtung der IG Farben und die zweite Welle der Nürnberger Prozesse interveniert wird) miteinander kooperieren. Unter dem Dach der Allierten werden die Länderverfassungen und das Grundgesetz eingeführt; und mit dem Korea-Boom wächst das Mehrprodukt der „sozialen Marktwirtschaft“, so daß vom „Output“ her die Vorteile von Demokratie, Marktwirtschaft und Westorientierung erfahrbar werden. Die zupackende Haltung bringt Früchte, das Ende der Nachkriegszeit dämmert herauf.

#### Die Legende von den Ewig-Gestrigen

Gegen die interpretativen Störenfriede von rechts- wie links“außen“ sperren sich die Verfassungsordnung, die Eliten wie die Mehrheitsorientierung, die sich immer deutlicher im Drei- beziehungsweise Vierparteiensystem von Unionsparteien, FDP und SPD einrichten. (Lediglich auf Länderebene existieren deutlicher rechtsorientierte Klein- und Sonderparteien noch länger, und dort formieren sich in einigen Wählervereinigungen - zum Beispiel dem „Deutschen Wahlblock“, dem „Block Heimattreuer Deutscher“ beziehungsweise dem „Antimarxistischen Block“ - antisozialdemokratische Zusam-

menschlüsse von CDU, FDP, DP, DRP, BHE, teilweise unter Aufnahme vormaliger SRP-Mitglieder).

Die „Nationale Rechte“ spielt für diesen Entwicklungstrend keine Rolle. Das Überleben antidemokratisch-autoritärer Muster verbleibt im vorpolitischen Raum der „civic culture“; öffentlich-politische Manifestationen werden verfolgt, gelten als unschicklich und unzeitgemäß.

Es verdichtet sich der Eindruck, das Nachleben des Faschismus sei eine Frage der Biologie, nämlich des Sterbens der „Ewig-Gestrigen“, der Generationen vor den „Flakhelfern“ der Jahrgänge um 1930. Erst der Aufstieg der im November 1964 gegründeten NPD rüttelt an diesem Bild, aber öffentlich und wissenschaftlich wird auch die NPD vorwiegend mit einer altnazistischen Kontinuitätslinie (NSDAP-SRP-DP/DRP-NPD)<sup>8</sup> in Verbindung gebracht.

Ein Exkurs zur NPD: 1964 zählt die NPD 250 und 1966 25 000 Mitglieder; 1967 wie 1969 erzielt sie mit 28 000 Mitgliedern ihr bis heute nicht wieder erreichtes Maximum. 1966 beginnt in Bayern (7,4 Prozent der gültigen Stimmen) und Hessen (7,9 Prozent) die Kette ihrer Landtagswählerfolge, die bis 1968 anhält und durch das Scheitern in der Bundestagswahl 1969 (4,3 Prozent) unterbrochen wird - ein Rückschlag, von dem sich die nationalrechte Sammlung erst Mitte der achtziger Jahre wieder zu erholen beginnt.

Die Personalkontinuität der ersten NPD-Führungsmannschaft und ihr Anstieg während einer kapitalistischen Zwischenkrise in Gegnerschaft sowohl zur Außerparlamentarischen Opposition (APO), zu Gegenmachtenden in den Gewerkschaften als auch zur Großen Koalition und zur Konzertierten Aktion bekräftigt das zu kurz greifende sozioökonomische Vorurteil der Faschismustheorie. Aus dieser Sicht erscheint die NPD als Bestätigung der theoretischen Prämissen und als eine Art nachgereicherter Wahrheitsbeweis für jene Kontinuitätsthese, die in erster Linie von Strukturidentitäten und Kapitalinteressen ausgeht. Daß die politisch-ökologischen Schwerpunkte der NPD-Wählerfolge weitgehend denen der NSDAP entsprechen, wird ebenfalls als Bestätigung für die sozialstrukturelle Aufmerksamkeitshaltung und für die aktuelle Kapitahsmuskritik angesehen.

NPD, Große Koalition, APO:

Schlechte Voraussetzungen für differenzierte Faschismusanalysen

Die APO fühlt sich angesichts der Einbettung von SPD und Gewerkschaften als Stellvertreter jedweder radikaler Kritik, selbst ein alter NSDAP-Schlachtruf wird wieder aufgewärmt („Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten“). Es entwickeln sich Theorien vom Ende des Proletariats (für sich), man begibt sich auf die Suche nach einem Ersatzsubjekt in Kreisen der „Entrechteten“ und der sozialwissenschaftlichen Intelligenz (H. Marcuse). Von hier aus werden der „subjektive Faktor“ und die „Betroffenheit“ entdeckt. Frauenbewegung, Bürgerinitiativen, erstmals wieder „wild“streikende Gewerkschafter und

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Reinhard Kühnl u. a., Die NPD, Frankfurt 1969; ders., Der Faschismus, Heilbronn 1983.

APO importieren aus der US-Bürgerrechtsbewegung und aus den weltweiten universitären Antivietnamkriegsprotesten, produzieren aber auch aus sich selbst heraus die Ursprünge neuer, direkter Partizipationsformen. Das Räte-moden greift auch auf Partizipations- und Kontrollformen der Arbeiterbewegung zurück. Zusammen mit dem einsetzenden Wertewandel („Postmaterialismus“) entsteht so in der Studentenbewegung das Ferment dessen, was heute als „unkonventionelles“ politisches Verhalten bezeichnet wird. Auch die Flucht in eine außerpolitische Kulturbewegung setzt hier ein, wenn der Antiautoritarismus in der Kommune als Erziehung, Sexualität und Subkultur gelebt wird.

Insgesamt argumentiert „die“ APO - und vor allem der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) - faschismustheoretisch eher dogmatisch, wenig differenziert. Der Faschismusvorwurf wird als Kampfbegriff und Stigma ver-schlissen. Politische Gegnerschaft zu den Notstandsgesetzen und zum Totalitarismusdogma, das in politischer Bildung, Öffentlichkeit, Verfassungsschutz und in der Wissenschaft obwaltet, begünstigt die wenig empirischen, sondern normativen und institutionellen Schwerpunktsetzungen. Geprüft wird, ob Bonn nicht doch wieder Weimar werden kann, und während der Antinotstandskampagne wird 1968 festgestellt, die Identität vorklassischer Zeiten sei schon wiedergekehrt.

Die mangelnde Differenziertheit äußert sich (zum Beispiel im „Argument“ 1964/65) auch darin, daß Ernst Noltes Habilitationsschrift „Der Faschismus in seiner Epoche“ (1963) schon deshalb gelobt wird, weil sie den Begriff „Faschismus“ (anstelle des herrschenden Leitbegriffs „Totalitarismus“) im Titel führt. Man überliest, daß Nolte die Gleichsetzung von „rot“ und „braun“ nicht aufgibt, wenn er transzendental-dunkel den Faschismus (nach dem Bolschewismus) als zweite Krise der „liberalen Gesellschaft“ bestimmt. Selbst „Sympathie“ will Nolte 1963 dem Faschismus nicht versagen, weil dieser nämlich nicht in „der Harmlosigkeit eines gesicherten ‚Kulturfortschritts‘, verflacht sei!

Der wenig analytische Dogmatismus in der neu-linken Faschismusdiskussion entwertet auch die seinerzeitige Wiederentdeckung der „Klassiker“ und der Emigrantenanalysen. Zuvor hat nicht die Geschichtswissenschaft, sondern nur die Politische Wissenschaft (K. D. Bracher) auf Franz Neumanns „Behemoth“ und Ernst Fraenkels „Dual State“ hingewiesen (aber erst 1974 und 1977 erscheinen deutsche Übersetzungen dieser Standardwerke). Gegen einigen Widerstand (beispielsweise von Max Horkheimer) werden auch die philosophischen Gesamtdarstellungen der Frankfurter Schule wieder entdeckt und in Form von „Raubdrucken“ verbreitet.

Diese Wiederentdeckung verbleibt (selbst im Fall der Rezeption von Wilhelm Reich und der „Authoritarian Personality“) abstrakt. Die alten politischen Texte werden als Theorien wahrgenommen und ersetzen eine eigenständig betriebene Empirie und eine kritische Darstellung. Vor allem

bestimmt diese Rezeption die Konzentrationsrichtung, die makrosoziologisch-global den Strukturen, dem System und den Großorganisationen gilt. Vor allem werden keine Untersuchungen zum Faschismus als Bewegung vor Ort und im Alltag vorgelegt. „Subjektivität“ wird reduziert zum Ausfluß kapitalistischer Strukturen, Herrschaftsverhältnisse, Interessen und Ideologien; der von Marx erkannte Tatbestand allseitiger Entfremdung wird nicht aufgegriffen. (Erst Klaus Theweleits „Männerphantasien“ (1977) - ein eher spekulativ-assoziatives, denn ein analytisches Werk - entdecken den „Faschismus in uns“ und fordern damit eine neue Qualität bei der Beschäftigung mit (sozialpsychologischen Fragen und Deutungsmustern heraus.)

Vor allem aber betreibt die „Neue Linke“ keine Antisemitismuskonversation. Der Antisemitismus geht als Begleiterscheinung im abstrakt-kategorialen oder kapitalreproduktiv-orientierten Interessenbegriff unter. Hier folgt die „neue“ ganz der „alten Linken“. Ob der Antisemitismus des Holocaust eine „transfaschistische“ Bedeutung hat, ob es somit auch Singularität im allgemeinen Faschismusbegriff gibt, bleibt undiskutiert. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre geht es aus Kontinuitätssicht um die NPD als NSDAP-Nachfolgerin; und gegen den „CDU-Staat“ beziehungsweise die Große Koalition geht es um die Dialektik zwischen demokratischem und autoritärem Staat (F. Neumann).

Beispielhaft gipfeln alle Tendenzen der Wissenschaftsarchäologie und der aktualisierten Thematisierung in dem 1967 von Wolfgang Abendroth herausgegebenen Sammelband „Faschismus und Kapitalismus“: Einer Einleitung („Zur Theorie des Faschismus“) folgen die neu publizierten Textauszüge von August Thalheimer, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg, Otto Bauer und Angelo Tasca; Max Horkheimers Kapitalismus-Faschismus-Diskussion wird als Motto vorangestellt.

#### Rechtsextremismus als „normale Pathologie“ und der „Kampf um Verfassungspositionen“

In dieser Phase wird der „Kampf um Verfassungspositionen“ (J. Seifert) defensiv geführt und die skizzierte Schwerpunktsetzung führt dazu, daß über den sozialen und demokratischen Rechtsstaat nicht weiter nachgedacht wird. Bei allen Klassikerentdeckungen spielt augenscheinlich Ignazio Silone „Der Faschismus“ (1934) keine Rolle. Silone aber bestimmt - ähnlich wie Hermann Heller - den Faschismus als „Anti-Reformismus“, denn der „rednerische Revolutionarismus der Maximalisten“ gefährde zwar Straßenlaternen, der Reformismus aber den kapitalistischen Profit. Silone sei zitiert, weil er indirekt auch die Möglichkeit eines postfaschistischen Konservatismus beleuchtet: „Gegen den schwärzerischen Maximalismus, der vom Morgen bis zum Abend die „Bandiera rossa“ und die „Internationale“ singt, verteidigt sich der Kapitalismus mit den Gesetzen, und wenn die alten nicht genügen, macht er neue; gegen den Reformismus, der auf friedlichem, demokratischem und gesetzlichem Wege das Gleichgewicht zwischen den Klassen stört, wird

der Kapitalismus blutgierig und greift zum faschistischen Banditentum. Es ist nicht paradox zu bekräftigen, daß der Reformismus nicht Gefahr läuft, solange er schwach ist, sondern wenn er stark ist, das heißt, wenn er die Grenze erreicht, bei deren Überschreiten die Demokratie und die Gesetzlichkeit gegen den kapitalistischen Gewinn angewendet werden.“

Diese Position ist von der APO nicht ausgelotet worden. Vielmehr führt ihr abstrakter Zugriff dazu, an die lineare Wiederholung geschichtlicher Abläufe zu glauben und einen trennscharfen Faschismusbegriff zu verwaschen. Als „normale Pathologie“ (E. Scheuch)<sup>9</sup> wird die Gefahr rechtsextremer Politik nicht begriffen, so daß auch die sozial-rechtsstaatlichen Maßnahmen zur sozialen und politischen Eingrenzung faschismusträchtiger Potentiale und Handlungsräume nicht erprobt, sondern kategorial verspielt werden.

Selbst das faktische Ende der „Ewig-Gestrigen“-Legende wird nicht begriffen. Dieses Ende besteht darin, daß die NPD neue Generationen in rechtsextreme Politik einbezieht (besonders im Ordnerdienst, in der „Aktion Widerstand“ und in ihren Zufallsprodukten, die sich selbst als eine „rechte“ APO verstehen). Auch die Neuigkeit der rechtspopulistischen Arbeiteragitation durch die NPD wird kaum wahrgenommen. Erst 1975 erscheint Ursula Jaerichs Untersuchung „Sind Arbeiter autoritär?“<sup>10</sup> Jaerich zeigt, daß es keine auf ewig antifaschistische Arbeiterschaft gibt (wahlsoziologisch-historisch arbeitet dies jetzt Jürgen Falter<sup>11</sup> heraus), und sie demonstriert, wie rechtspopulistische Slogans an schichtenspezifisch bedingten Vorurteilen und Erfahrungen der „abhängigen und wenig privilegierten Klassen und Schichten“ anknüpfen.

Der politische Kern von Jaerichs Studie deckt sich mit der politisch-kulturellen Rezeption des Faschismus nach 1945 und reproduziert ein historisches Integrationsdefizit der Arbeiterbewegung, insofern auch der historische Faschismus (was zum Beispiel Walter Ulbricht wußte) Jungarbeiter, gewerkschaftlich Nicht-Organisierte und Arbeiter in mittelständischen Klein- und Mittelbetrieben in größerem Umfang rekrutiert hat (ohne dadurch zu einer *national-sozialistischen* Bewegung zu werden).

Neben den rechten Intellektuellen und Diskussionszirkeln stellen männliche Unterschichtenangehörige (ohne „republikanisches“ oder „proletarisches“ Bewußtsein) ein Rekrutierungspotential des sich nach 1969 langsam wieder formierenden Rechtsextremismus dar. Besonders die neonazistischen Organisationen stützen sich (ab Mitte der siebziger Jahre) auf Unterschichtenjugendliche, während die intellektuellen Zirkel in die „neue Rechte“ ein-

9 Vgl. Erwin Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1967, S. 11 ff.; auch Ernst Nolte, Faschismus, München 1968, S. 387; dazu Eike Hennig, Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Was heißt das?, in: Landesjugendring NW (Hrsg.), Neofaschismus/Rechtsradikalismus, Düsseldorf 1988, S. 8 ff.

10 Sehr bedenkenswert: Ursula Jaerich, Sind Arbeiter autoritär?, Frankfurt 1975.

11 Jürgen W. Falter/Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26 (1986), S. 179 ff.; vgl. auch Michael Ruck, Bollwerk gegen Hitler?, Köln 1988.

münden und die „mittelständische“ „alte Rechte“ in der NPD verbleibt oder sich um die „Nationalzeitung“ sammelt und sich in der „freyheitlichen Rechten“ bzw. schließlich in der „Deutschen Volksunion“ (DVU) organisiert.

Parallel zum Verzicht auf eine sozialstaatliche Ausgestaltung, zur wachsenden innerkonservativen Unzufriedenheit am Ausbleiben der „Wende“, zum Aufbrechen einiger infrastruktureller Teilkrisen und Widersprüche zwischen der herrschenden neokonservativen Pragmatik und den konservativen Wertepostulaten (Agrarkrise) und parallel zur anwachsenden Akzeptanz rechter Positionen und Begriffe (wofür auf den „Historikerstreit“ als auf den Gipfel eines Eisbergs hingewiesen werden soll<sup>12</sup>) führt gerade diese rechte Erscheinungsvielfalt zu den jüngsten Wahlerfolgen in Bayern, Bremen und (besonders) Baden-Württemberg. Jede der rechten Teilgruppen und Teilkulturen repräsentiert einen Aspekt von Kritik am Neokonservatismus, dessen rechter Rand seine Integrationskraft verliert und vielfach ausfasert. „Republikaner“, „Ökologisch-Demokratische Partei“, „Deutsche Zentrumspartei“, „Christliche Liga“, „Patrioten für Deutschland“ und eben auch die DVU und NPD sind der vielfältige Ausdruck dieser noch nicht versammelten Teilkritiken, besonders an der Ausländer-ZAsylantenpolitik, an der Agrarkrise, am allgemeinen Liberalismus und Wertewandel (dies begründet eine rechte AIDS-Politik) und am Schwangerschaftsabbruch (dies begründet einen rechten Ultramontanismus).

#### Neokonservative Doppeldeutigkeit und sozialdemokratische Attraktivitätsdefizite: Neue Chancen für die Rechten

Im Gefolge zweier Entwicklungen, nämlich dem Ende einer sozialdemokratisch-keynesianischen Konjunkturpolitik<sup>13</sup> und dem Beginn der neokonservativen Wertepolitik und ordoliberalen Angebotsökonomie<sup>14</sup>, wachsen (nach 1968) heute die Chancen für rechte Politik bei Wahlen. Die Rechtsextremisten verlassen das Ghetto der öffentlichen Tabuisierung und Stigmatisierung und profitieren von der „Theorielosigkeit“ der Sozialdemokratie (F. Scharpf) angesichts der Strukturkrise, vom subkulturellverengten Zuschnitt einer „grünen Alternative“ und von der Ambivalenz neokonservativer Wertappelle.

Nachdem die seit Mitte bis Ende der siebziger Jahre neu gegründeten neofaschistischen (Klein)Gruppen - zum Beispiel die Wehrsportgruppe Hoffmann, die „Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten“ um Michael Kühnen oder auch die „Volkssozialistische Bewegung Deutschland/Partei der Arbeit“ - den Vollzug des „Generationensprungs“ (M. Kühnen) anzeigen und durch martialisch-spektakuläres Auftreten sowie ihre Jugendlichkeit die nationale

12 Als Dokumentation vgl.: Historikerstreit, München/Zürich 1987; als Überblick vgl. Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit?, München 1988; zur Beziehung von „Historikerstreit“ und Faschismusanalyse vgl. Eike Hennig, Zum Historikerstreit, Frankfurt 1988.

13 Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt 1987.

14 Vgl. Eike Hennig, Die „nationale Identität“ einer „Versöhnungsgesellschaft“?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 35 (1988), S. 682 ff.; ders., „Versöhnungsgesellschaft“, Sozialvisionen des Neokonservatismus, in: Wieland Eschenhagen (Hrsg.), Die neue deutsche Ideologie, Darmstadt 1988, S. 163 ff.

wie internationale Öffentlichkeit fesseln (und ablenken), ändern sich seit Beginn der achtziger Jahre die politischen Formen im „rechten Lager“. Die neonazistischen Gruppen nehmen an Bedeutung ab; gerade neokonservative Regierungen greifen bevorzugt zum Mittel des vereinsrechtlichen Verbots, was im Verein mit dem Strafrecht zur Ausdünnung dieser Gruppen führt. Zudem zeigen die fehlgeschlagenen Versuche, informell organisierte, nationalistisch-rassistisch denkende und körperliche Gewalt bejahende Jugendliche aus dem Umkreis von „Skinheads“, „street gangs“ und Fußballfans zu erfassen, daß die Neonazis an ihren eigenen harten Gruppennormen, am Stil und an den dementsprechend hohen Mitgliedsbarrieren scheitern.<sup>15</sup> Es gibt „viele“ Jugendliche, deren nicht-demokratische Alltagsorientierung sich mit der neonazistischen Subkultur trifft, die sich aber dennoch nicht organisieren, weil sie darin den radikalen Bruch mit der Bezugsumwelt, den Gleichaltrigen-Gruppen und mit anvisierten Erwachsenenkarrieren sehen. Zudem wirken die strafrechtlichen Sanktionen und gesellschaftlichen Stigmatisierungen auf potentielle Sympathisanten abschreckend, so wie sie bei der organisierten neonazistischen Minderheit selbst ein idealistisches Avantgardebild und einen moralischen Rigorismus nähren.

Insgesamt verlieren die neonazistischen Gruppen an Bedeutung, auch die öffentliche Aufmerksamkeit verlagert sich auf die spektakuläreren informell-rassistischen Gruppen von „skins“ und „hooligans“. Nur lokal (z. B. Hannover, Dortmund, Hamburg) spielen die Überschneidungen zwischen diesen „Härtegruppen“ und Neonazis eine größere Rolle.

Unbemerkt von dieser Entwicklung vollzieht sich ansatzweise eine rechtsradikale *und* rechtsextremistische Sammlung, die sich von den neonazistischen Gruppen (die als „agent provocateur“ betrachtet werden) abgrenzt. Neue Themen aus dem Umkreis von Umwelt, Anti-Atom-Bewegung, Nationalneutralismus/Friedensbewegung werden dem alten Themenkatalog der volklichen Vergemeinschaftung, der Naturpolitik („Blut und Boden“) und des starken Staates zur Entfaltung aller Deutschen hinzugefügt. Der Argumentationsstil ist - im Gegensatz zum Neonazismus - um Modernität und um ein wissenschaftsförmiges Erscheinungsbild bemüht; immer länger wird die Liste konservativer, aber auch ex-sozialdemokratischer Zuträger für neu-rechte, alt-konservative oder rechtsextreme Zeitschriften (wie „Criticon“, „Mut“, „Nation Europa“).

Im Gegensatz zum Neonazismus gewinnen Rechtsradikalismus *und* Rechtsextremismus an sozialer Akzeptanz und politischem Gewicht. So betont zum Beispiel der Rechtsvertreter der „Republikaner“, einer der neuen, mit Bedacht nicht-rechtsextremen Gründungen rechts von den Unionsparteien, mit Schreiben vom 12.9.1988: „Die Republikaner sind nicht dem Rechtsextre-

---

15 Dazu Wilhelm Heitmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*, Weinheim u. München 1987; ders./Jörg-Ingo Peter, *Jugendliche Fußballfans*, Weinheim u. München 1988; Elke Hennig, *Expressive kulturelle und politische Jugendstile in der Bundesrepublik*, in: HiMoN Diskussionsbeiträge, Universität - Gesamthochschule Siegen, 114/88; ders., *Jugend und Neofaschismus*, in: *Offensive Jugendhilfe in Kassel. Materialien zur Veranstaltungsreihe „Auseinandersetzung mit Jugendkulturen“*, Kassel 1986.

mismus zuzuordnen ... Die Partei steht nicht im Verfassungsschutzbericht... Die politische Bezeichnung dieser Partei ist ‚rechtskonservativ‘. In der Partei befinden sich eine große Anzahl von Beamten, Offizieren und Soldaten der Bundeswehr, Angehörige der Polizei und des Grenzschutzes als Mitglieder. Die Republikaner bekennen sich voll inhaltlich zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland...“

Die mangelnde Krisenlösungskompetenz von Sozialdemokraten und Gewerkschaften sowie der schichtenspezifisch-subkulturelle Zuschnitt der „Grünen“ bringen per saldo die geringe Attraktivität und Ausstrahlung derjenigen Kräfte mit sich, die eine kritische Überwindung der ökonomischen Strukturkrise und eine Anhebung der Legitimität des politischen Systems (und damit der Legalität) versprechen. Es mangelt an einer Utopie, die die Aufhebung von Massenarbeitslosigkeit, der strukturellen Finanzkrise des Sozialsystems, der Umweltschäden, der atomaren Risikogesellschaft und des Rüstungsgleichgewichts - also der wachsenden Unzufriedenheit über Leistungs- und Orientierungsdefizite des politisch-sozialen Systems — verheißen könnte. Dies - im Verbund mit den Doppeldeutigkeiten der neokonservativen Wertepolitik - verbessert die Organisation rechter Stimmungslagen, die bis zu Beginn der achtziger Jahre<sup>16</sup> weitestgehend noch als unterschwellige Privatunmut im Parteiensystem von CDU/CSU, SPD und FDP aufgehoben waren. Unter den geänderten Bedingungen kann sich dieses Meinungspotential mehr und mehr von dieser Bindung befreien und präsentiert sich öffentlich als eigene Sammlung rechter Gruppen und Kleinparteien.

Wahlerfolge von 3 Prozent für die „Republikaner“ in Bayern (Oktober 1986), von 0,6 Prozent für die NPD bei der Bundestagswahl vom Januar 1987, von 5,4 Prozent für die DVU in Bremerhaven (September 1987) und von 5 Prozent für alle Rechtsparteien in Baden-Württemberg (März 1988) - bei 54 Stimmen für die neonazistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) - sind Achtungserfolge und Alarmzeichen (die vor allem auch die Kasenslage der Rechtsparteien verbessern).

Diese moderaten, nicht-neonazistischen Rechtsparteien können am neokonservativen Meinungsklima - das heißt am Aufbrechen traditioneller „Schweigespinalen“ gegen Nation, Patriotismus und versöhnlerische Geschichtslagen - teilhaben. Die Wertepolitik des Neonkonservatismus beinhaltet Propaganda für die „Versöhnungsgesellschaft“ und für eine Geschichtspolitik, die das partielle kritische Intermezzo von 1968 zurückdrängen will. Angesprochen werden Regionalismus, Heimat, Kultur, Nation, Patriotismus, deutsche Geschichte und Identität, um reale Härten des Krisenklimas, der Angebotsökonomie und der zurückgeschraubten Sozialstaatlichkeit durch gemeinschaftsdienliche Deutungsmuster zu verbrämen.

16 Vgl. Sinus, 5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben..., Reinbek b. Hamburg 1981, hier bes. S. 74 ff., 92 ff., 1238 ff.; zur neuen Entwicklung vgl. Claus Leggewie, Die Zwerge am rechten Rand. Zu den Chancen kleinerer neuer Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 28 (1987), S. 361 ff.; als Materialsammlung vgl.: Rechtsextrem - rechtsradikal, in: Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Ausgabe Sek. II, Sept./Okt. 1988, S. 167 ff.

Bezeichnenderweise beginnt der „Historikerstreit“ recht eigentlich 1983 mit einem Vortrag Hermann Lübbes, der die delegitimierenden Faschismusanalysen der „neuen Linken“ von 1968 geißelt und an die traditionelle Haltung der Stille und Diskretion im Umgang mit Schuldverstrickungen erinnert.<sup>17</sup> Diese neokonservative Ideologienpolitik versteht sich als „hochnötiger Vertrauenskit“ (H. Lübbe), dessen die moderne Gesellschaft mit ihren Krisen und geringen Lösungsspielräumen, mit ihrer ständigen Güterabwägung zwischen alten und neuen, kleinen und größeren Übeln - Lübbe redet von „den Erfahrungen eines abnehmenden Grenznutzens der zivilisatorischen Evolution“! - dringend bedarf. Lübbe<sup>18</sup> entwirft ohne jeden Blick auf demokratische Partizipation ein konservativ-technokratisches Leitungskonzept, in dem die Politiker den Platz als Experten „für die Verteilung von Zustimmungsbereitschaft, für Kosten und Folgekosten“ einnehmen.

Diese Rechnung geht, wie die Erfolge der kleinen Rechtsparteien zeichnerhaft anzeigen, nicht auf; dem Spiel der neokonservativen Zauberlehrlinge droht die Gefahr, in „va banque“ einzumünden und das *politisch*-demokratische Integrationspotential des Konservatismus zu verspielen (dieses Integrationspotential ist nach 1945 ein zwar begrenzter, jedoch wesentlicher postfaschistischer Aktivposten des Parteiensystems und der *politischen* Demokratie).

An die „Versöhnungsgesellschaft“ und an den geschichtspolitischen Zielwert nationale Identität können Volksgemeinschaftskonzepte ebenso wie irrationale „small is beautiful“-Regionalismen anknüpfen, um sich aus dem Schatten des konservativen Integrationspotentials als dessen immanente Kritik von rechts her zu emanzipieren. Dies ist ein Erscheinungsbild der Bundesrepublik 1988. Der Konsens der politischen Eliten gerät ins Wanken (ein Zeichen ist die „Feinderklärung“ des Bundeskanzlers gegenüber den Gewerkschaften). Zwar gibt „der“ Neokonservatismus seine politisch demokratische Haltung nicht auf, aber er operiert vor allem geschichtspolitisch öffentlich mit einer Korrektur seiner postfaschistischen Grundhaltung. Im Rahmen dieser Werte- und Geschichtspolitik sind die neu formierten Rechtsparteien bemüht, sich ebenfalls einzuschalten, indem sie sich als konservative Immanenz präsentieren. Die Sozialdemokratie aber verspielt utopische Energien dadurch, daß sie als die Partei der Legalität ohne perspektivischen Glanz auftritt. Es ist ein neues und notwendiges Thema, wie unter Handlungsbedingungen, die von der neokonservativen und rechtsextremen Entwicklungsdynamik diktiert werden, das nachkeynesianische Theoriedefizit aufgearbeitet und eine entsprechende organisationspolitische und sprachliche Offensive eingeleitet werden kann. Der Rückzug auf lebendige kulturelle Bereiche *unterhalb* der Politik<sup>19</sup> erscheint als verkürzt und trügerisch, wenn sich das politisch-demokratische Dach normativ und institutionell so gefährdet darbietet.

17 Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: Historische Zeitschrift, 236 (1983), S. 579 ff., und: FAZ, Nr. 19 v. 24.1.1983, S. 9.

18 Hermann Lübbe, Politischer Moralismus, Berlin 1987.

19 Jürgen Habermas, Die neue Intimität zwischen Politik und Kultur, in: Jörn Rüsen u. a. (Hrsg.), Die Zukunft der Aufklärung, Frankfurt 1988, S. 58 ff.; dazu Hennig, Historikerstreit (Am 12), S. 122 ff., 126 f.